

Antrag

der Abgeordneten Patrick Meinhardt, Uwe Barth, Cornelia Pieper, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, Daniel Bahr (Münster), Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Horst Friedrich (Bayreuth), Dr. Edmund Peter Geisen, Hans-Michael Goldmann, Miriam Gruß, Joachim Günther (Plauen), Dr. Christel Happach-Kasan, Heinz-Peter Haustein, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Hellmut Königshaus, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Heinz Lanfermann, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Horst Meierhofer, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Jörg Rohde, Frank Schäffler, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Rainer Stinner, Florian Toncar, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Martin Zeil, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

Mehr Chancen durch bessere Bildung und Qualifizierung

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Ausgestaltung des Bildungssystems entscheidet maßgeblich darüber, ob und wie weit die Wettbewerbsfähigkeit unserer Gesellschaft sowie die Zukunftschancen der nachfolgenden Generationen gegeben sind. Daher ist es immens wichtig, jedem jungen Menschen mit einer bestmöglichen Bildung, Ausbildung und Studium eine Perspektive für das Leben zu eröffnen, damit er diese Investition zu seinem Wohle nutzt und gleichzeitig einen Beitrag zur gesamtgesellschaftlichen Prosperität leisten kann. Die Weichen sind daher so zu stellen, dass die Talente und Begabungen des Individuums frühzeitig erkannt und gezielt gefördert werden – ein Leben lang.

Die berufliche Bildung spielt für die Sicherung des Fachkräftenachwuchses eine besonders herausragende Rolle. Sie garantiert berufliche Qualifikation auf allerhöchstem Niveau. Nicht zuletzt beruht der Erfolg der beruflichen Bildung auf der Verankerung in der beruflichen Praxis. So gelingt es dem dualen System, Ausbildungsinhalte auf dem neusten Stand der technischen Entwicklung zu halten. Auch der Übergang in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis fällt jungen Absolventen und Absolventinnen einer betrieblichen Ausbildung verhältnismäßig leicht – zumindest im Vergleich mit Ländern, in denen rein schulische Ausbildungen dominieren. Dementsprechend liegt die Jugendarbeitslosigkeit in Finnland (20,1 Prozent) oder Schweden (22,6 Prozent) deutlich über dem deutschen Niveau von 14,8 Prozent (vgl.: Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften, Dezember 2006).

Derzeit absolvieren 60 Prozent eines Jahrganges in Deutschland eine betriebliche Ausbildung. Insgesamt befinden sich rund 1,6 Millionen junge Menschen im System der dualen Bildung. Besonders das deutsche Handwerk hat sich in

den letzten Jahren als wichtige Stütze der beruflichen Bildung erwiesen: Trotz wirtschaftlich schwerer Zeiten und dem Abbau von insgesamt 10 000 Arbeitsplätzen in den Jahren 2006 und 2007 wurden in den beiden Jahren fast 10 Prozent mehr Ausbildungsplätze geschaffen.

Das System der beruflichen Bildung muss reformiert werden, um dauerhaft funktionsfähig bleiben zu können. Die anstehenden Herausforderungen, insbesondere mit Blick auf den Europäischen Wirtschaftsraum, erfordern eine sachgerechte Anpassung der Strukturen. Die Reformbemühungen der letzten Jahre waren unzureichend. Es bedarf grundsätzlicher Reformen, um das Duale System endlich zukunftsfest zu machen, um dessen Errungenschaften für die kommenden Generationen zu wahren.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- gemeinsam mit den Ländern, Kommunen und Bildungsträgern Maßnahmen zur Stärkung der Ausbildung sowie einer systematischen und qualifizierten Weiterbildung von Erzieherinnen und Erziehern zu treffen;
- zu analysieren, weswegen die derzeit existierenden Angebote der Fort- und Weiterbildung seitens der Erzieherinnen und Erzieher nur zögerlich wahrgenommen werden und in einem zweiten Schritt die Hemmschwellen und Barrieren zu beseitigen;
- sich dafür einzusetzen, dass die Länder die Umsetzung der jeweiligen Bildungs- und Qualitätsprogramme für die Kindertagesstätten und Kindergärten sicherstellen;
- im Rahmen der Bildungsforschung die Effektivität der Maßnahmen zur Förderung der Berufsfähigkeit von Schülerinnen und Schülern zu untersuchen, evaluieren und die Ergebnisse darzustellen;
- sich dafür einzusetzen, dass insbesondere an den Schulen, die traditionell den Brückenschlag zum System der beruflichen Bildung bilden, die Berufsorientierung sehr viel stärker betont wird. Betriebserkundungen, Praktika und Bewerbertraining müssen ebenso eine Rolle spielen wie die Ausrichtung der Lehrinhalte und Themen, die die Bedeutung der Wirtschaft und Technik in den Mittelpunkt rücken;
- die Förderangebote für Schulabgänger, die sich in sog. Übergangssystemen (z. B. Berufsvorbereitungsjahr; berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen) befinden, sind zu reformieren und an die Bedürfnisse der Ausbildungsbetriebe anzupassen;
- vom geplanten „Ausbildungsbonus“ abzusehen und stattdessen durch eine verbesserte Ausrichtung der Einstiegsqualifizierung Jugendlicher (EQJ) die Chancen der Altbewerber auf einen echten beruflichen Ausbildungsplatz zu verbessern;
- mit einer Exzellenzinitiative „Berufsbildung“ einen Beitrag zur Verbesserung der öffentlichen Wahrnehmung der beruflichen Bildung zu leisten. Es muss zum Ausdruck kommen, dass eine Ausbildung auch für leistungsstarke Jugendliche von Interesse sein und eine Perspektive für eine berufliche Karriere bieten kann;
- den Erwerb von beruflichen Abschlüssen durch breitbandige flexible Ausbildungsberufe zu unterstützen. Eine kompetenz-, werte- und zielorientierte Ausbildung, die eine umfassende und flexible berufliche Handlungsfähigkeit ermöglicht, ist weiterhin als Leitbild der Entwicklung des Berufsbildungssystems in Deutschland zu betrachten;
- die Beibehaltung des Berufsprinzips zu gewährleisten. Auch nach Einführung breitbandiger flexibler Ausbildungsberufe muss die Berufsausbildung

die Basis für ein erfolgreiches Berufsleben legen und zugleich der Startschuss für das lebenslange Lernen in der Arbeitswelt sein;

- dafür Sorge zu tragen, dass am Ende jeder Ausbildung eine anerkannte öffentlich-rechtliche Abschlussprüfung steht;
- den Erhalt der dualen Berufsausbildung zu garantieren. Auch in der Zukunft muss die betriebs- und damit auftragsorientierte Qualifizierung durch die Organisation der Berufsausbildung im Dualen System gesichert sein, d. h. eine vernetzte Ausbildung im Verbund zwischen Betrieben, Berufsschule und überbetrieblichem Bildungszentrum muss Bestand haben;
- die überbetrieblichen Bildungszentren in ihrer Arbeit zu unterstützen, da die überbetriebliche Ausbildung unverzichtbar ist, um Aus- und Fortbildungsinhalte zu vermitteln, die einzelbetrieblich von kleinen, oftmals spezialisierten Unternehmen nicht abgedeckt werden können;
- die Förderung der beruflichen Weiterbildung zu intensivieren. Es sind wirksame Förderinstrumente zu entwickeln, die eine berufs begleitende Weiterbildung in „kleinen Portionen“ ermöglichen. Auch die berufsbildenden Fortbildungsabschlüsse müssen aufgewertet werden;
- die Durchlässigkeit zwischen den Bildungsgängen und Bildungsteilbereichen dringend zu erhöhen. In diesem Sinne ist die Verzahnung von Aus-, Weiter- und Hochschulbildung zu unterstützen. Bildungssackgassen darf es nicht länger geben;
- dafür Sorge zu tragen, dass Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung verstärkt darauf aufmerksam gemacht werden, dass bundesweit Möglichkeiten zur Aufnahme eines Studiums ohne die Voraussetzung der allgemeinen Hochschulreife existieren;
- gegenüber Ländern und Hochschulen verstärkt dafür zu werben, dass berufliche Abschlüsse und erworbenes berufliches Wissen künftig noch stärker auf die im Rahmen des Studiums zu erbringenden Leistungen angerechnet werden;
- bei der Fortschreibung des Hochschulpakts 2020 den Aufbau zusätzlicher Studienplatzkapazitäten zu forcieren;
- sich für eine leistungsgerechte Einordnung der Fortbildungsabschlüsse im europäischen Vergleich einzusetzen.

Berlin, den 15. Januar 2008

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion

